

CDU-Politiker: Integration nicht zum Wahlkampfthema degradieren

Beust unterzeichnet offenen Brief / „Wir sind sensibel“ / Laschet: Keine Kritik an Koch

wus. BERLIN, 30. Januar. Führende CDU-Politiker, unter ihnen Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust, haben Kritik von türkischstämmigen Prominenten zurückgewiesen, der CDU mangle es – wie der Wahlkampf in Hessen gezeigt habe – in der Integrationspolitik an Sachtlichkeit und Sensibilität. Zugleich distanzieren sie sich insofern vom Wahlkampf der hessischen Union, indem sie warnten, dass Integrationspolitik „nicht zum Wahlkampfthema degradiert werden darf“.

Den Vorwurf, Ausländer auszugrenzen, hatten zuvor auch der CDU nahestehende Türken mit Verweis auf den Wahlkampf von Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) geäußert, unter anderem in einem Appell an die Bundeskanzlerin, aus dem diese Zeitung am Dienstag zitiert hat-

te. Nun antworteten 17 CDU-Politiker auf einen offenen Brief, den 21 türkischstämmige Prominente in der Wochenzeitung „Die Zeit“ an die Union geschrieben hatten. In der Zeitung erscheint nun ebenfalls in einem offenen Brief die Verteidigung der Integrationspolitik von CDU und CSU.

Der Initiator dieses Briefes, der nordrhein-westfälische Integrationsminister Laschet (CDU), sagte dieser Zeitung, dies sei keine Distanz zu Koch: „Unser Brief ist ausdrücklich keine Kritik an Roland Koch. Seit er in Hessen regiert, wird dort vorbildliche Integrationspolitik gemacht.“ Es wird in dem Brief darauf hingewiesen, „dass es mit Jürgen Rüttgers ein christdemokratischer Regierungschef war, der 2005 nach Ablösung der rot-grünen Landesregierung das erste deutsche Integra-

tionsministerium errichtete“. Ebenfalls habe mit Angela Merkel „zum ersten Mal nach über 50 Jahren Einwanderung in Deutschland eine christdemokratische Bundeskanzlerin Migranten und ihre Organisationen zu einem Gipfel eingeladen“. Ein nationaler Integrationsplan sei das Ergebnis. Auch sei es der CDU-Politiker Schäuble gewesen, der als Bundesinnenminister die Deutsche Islamkonferenz einberief. „Die klare und unverblümete Aussage, dass der Islam Teil der deutschen Gesellschaft ist und bleibt, hätten wir uns auch schon von seinem sozialdemokratischen Vorgänger gewünscht“, heißt es in dem Brief. Zuvor habe über viele Jahrzehnte darüber „demonstrative Erkenntnisverweigerung“ die Politik in Deutschland geprägt. (Fortsetzung Seite 2.)

Fortsetzung von Seite 1

„Integration kein Wahlkampfthema“

In dem Brief heißt es weiter: „Nicht nur die Union, sondern alle politischen Parteien überboten sich in der Kampfrhetorik, die der Integrationspolitik nicht dienlich war.“ Die CDU habe in von ihr regierten Großstädten wie Stuttgart, Frankfurt, Hamburg und Köln „eine vorbildliche Integrationspolitik angestoßen“. Die politischen Lager seien bei der Integrationspolitik enger zusammengedrückt, heißt es in dem Brief. „Dabei musste die Union erkennen, dass Deutschland de facto ein Einwanderungsland ist und es in der jahrzehntelang verschlafenen Integrationspolitik einen dringenden Nachholbedarf gibt. Das linke politische Lager ist ebenfalls zu der Erkenntnis gelangt, dass eine multikulturelle Einwanderungsgesellschaft kein immerwährendes Straßenfest ist.“ Integrationspolitik müsse über Parteiengrenzen hinweg erfolgen. Sie sei „so fundamental für die Zukunft unseres Landes, dass sie nicht zum Wahlkampfthema degradiert werden darf“.

In dem Brief werden gerade Hessen wie auch Bayern als lobendes Beispiel für gelungene Integration von Ausländern erwähnt. „Gerade die christsoziale Regierung im Freistaat Bayern leistet hier Vorbildliches mit ihren Integrationsforen auf Bezirks- und kommunaler Ebene“, heißt es in dem Brief. „Auch in Hessen sind mit der frühen Sprachförderung wichtige Akzente in der Integrationspolitik gesetzt worden.“

FAZ, 31.1.08

Anstatt nur an die Union zu appellieren, sollte der Aufruf der Deutschtürken besser „an die ganze Gesellschaft“ gerichtet sein – „an die Mehrheitsgesellschaft wie an die Zuwanderer“. Belehrungen über mögliche ethnische Vorurteile werden zurückgewiesen: „Wir, Mitglieder der CDU und der CSU, wissen, dass das, was der 17-jährige Grieche und der 20-jährige Türke gegenüber dem 76-jährigen Rentner getan haben, untypisch ist für die Kultur ihrer Eltern und Großeltern.“ Gewalt sei „kein ethnisches, sondern ein Bildungsproblem“. Deshalb müsse ein ganzheitliches Bildungskonzept zentraler Baustein der Integrationspolitik sein: Das bedeute frühe Sprachförderung ab dem vierten Lebensjahr, mehr Ganztagsangebote, bessere Durchlässigkeit der Schulzeiten, mehr Lehrer und Sozialpädagogen an Hauptschulen.

„All das kann nur gemeinsam gelingen – wir brauchen einen neuen parteiübergreifenden Konsens für die Integrationspolitik“, schließt der Brief versöhnlich, den auch Kochs Wahlkampfhelder Yasar Bilgin unterzeichnet hat, der als hessisches CDU-Vorstandsmitglied den Kurs Kochs in dieser Zeitung verteidigte.